

Zwischen Hoffnung und Desaster

Landesstiftung will badische Kulturgüter für zehn Millionen Euro ankaufen

Im Drama um den geplanten Verkauf badischer Kunstschätze gibt es wieder ein neues Kapitel. Die Landesstiftung Baden-Württemberg möchte in den nächsten drei Jahren insgesamt zehn Millionen Euro aus Projektmitteln bereitstellen, mit denen Kunstschätze aus den ehemaligen großherzoglichen Sammlungen in Baden angekauft und damit für das Land gesichert werden sollen. Günther Oettinger, Ministerpräsident des Landes und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesstiftung, sprach gestern vor der Presse von einem finanziellen „Korridor“ zu Gunsten der gefährdeten Objekte, der die Substanz des Stiftungskapitals nicht antasten soll, weshalb andere Projekte der Stiftung einstweilen zurückstehen müssen. Welche Projekte von solchen Einbußen betroffen sind, sagte Oettinger nicht.

Ungewiss ist vorerst auch, für welche Objekte der betreffenden Sammlungen wie dem Badischen Landesmuseum, der Karlsruher Kunsthalle und der Badischen Landesbibliothek die Mittel eingesetzt werden. Derzeit seien Fachleute intensiv dabei, sagte der Ministerpräsident, Listen zusammenzustellen. Immerhin besteht noch Klärungsbedarf zur Frage, was eindeutig zum Haus Baden gehört. Unter Juristen sind die Eigentumsverhältnisse an den Kulturgütern, die das Adelshaus für sich reklamiert, nach wie vor umstritten. Über den Einsatz der Mittel, so Oettinger, werde der Stiftungsrat in seiner nächsten Sitzung am 19. Dezember entscheiden.

Nunmehr sieht der Ministerpräsident den ersten Baustein seines Drei-Säulen-Modells (wir berichteten), das von vielen Seiten angefeindet wird, verwirklicht. Es sieht vor, bis März 2007 30 Millionen Euro zu Gunsten der in Finanznot geratenen Markgrafenfamilie zusammenzutragen. Die erste Säule ist der genannte Beitrag der Landesstiftung, die zweite, ebenfalls zehn Millionen Euro umfassende Säule soll durch Sponsoren und Spender aufgebracht werden, die dritte aus einem Solidar-

beitrag von Kunsteinrichtungen und Bibliotheken bestehen. Das Modell stößt nicht nur bei den in Frage stehenden Einrichtungen auf wenig Gegenliebe. „Die Museen und Bibliotheken sind keine Rückhaltebecken, aus denen in Zeiten finanzieller Engpässe geschöpft werden kann“, erklärte dieser Tage Michael Eissenhauer, der Präsident des Deutschen Museumsbunds, und fügte hinzu: „Die kulturpolitische Verantwortung einer Landesregierung besteht darin, das von Museen, Bibliotheken und Archiven bewahrte Kulturgut zu schützen. Es

spricht“, erklärte die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt in einer Pressemitteilung. Deshalb votierten die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat der Landesstiftung gegen den Beschluss. Mit der Entscheidung habe Oettinger dem Haus Baden einen Blankoscheck ausgestellt, der „an eine kalte Enteignung von Landesvermögen“ grenze. Der Ministerpräsident, so Vogt weiter, sei auch die Antwort auf die zentrale Frage schuldig geblieben, was das Haus Baden als Gegenleistung für die zehn Millionen Euro verbindlich zusage. Die Ablösung von Alt-schulden des Hauses Baden sei vor dem Hintergrund der noch immer völlig ungeklärten Rechts- und Vermögensverhältnisse nicht zu verantworten.

Dass der Stiftungsbeschluss zu Lasten anderer Förderprojekte gehen wird, zeigte sich bereits bei der gestrigen Pressekonferenz. Dort sagte Herbert Moser, der Geschäftsführer der Stiftung: „Ich werde dem Aufsichtsrat vorschlagen, das Forum Neues Musiktheater nicht weiter zu fördern“. Albrecht Puhmann, der neue Intendant der Stuttgarter Staatsoper, der das international renommierte Forum angegliedert ist, äußerte sich bereits entsetzt: „Das Desaster ist auf dem Tisch“. Jürgen Walter, kulturpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, sagte: „Schloss Salem fordert sein erstes Op-

UM ERKLÄRUNGEN BEMÜHT: Ministerpräsident Günther Oettinger (rechts), Aufsichtsratsvorsitzender, und Herbert Moser, Geschäftsführer der Landesstiftung Baden-Württemberg. Foto: dpa

fer.“ In Karlsruhe dürfte diese Nachricht trotz der entschärften Handschriften-Lage ebenfalls mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen werden. Immerhin soll Oettinger bei einer Stuttgarter Krisensitzung (wir berichteten) bereits laut über die Streichung von Bauprojekten des Generallandesarchivs und der Karlsruher Musikhochschule nachgedacht haben. Dieses Ungemach, so heißt es, sei inzwischen aber wieder vom Tisch.

Unterdessen haben die baden-württembergischen Jungsozialisten, die ebenfalls gegen den Kultur-Ausverkauf protestieren, ein ironisches Motto kreiert: „Wir können alles. Außer Hochkultur“.

Ulrich Hartmann